



RÄUMLICH INTEGRIERT UND SEKTORÜBERGREIFEND ZU TREIBHAUSGASNEUTRALEN QUARTIEREN
Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen des Runden Tisches „Neue Impulse für mehr Klimaschutz im Gebäudebestand“

Werner Spec, Vorsitzender Dialoginitiative „Neue Impulse für nachhaltigen Klimaschutz im Gebäudebestand“, Deutscher Verband für Wohnen, Stadtentwicklung und Raumordnung e.V.

10 Kernthesen

Übergabe der Handlungsempfehlungen für mehr Klimaschutz im Gebäudebestand am 29. Juni 2021

1. Alle sind gefordert!

Beim Klimaschutz sind wir alle Teil des Problems. Bei dieser Generationenaufgabe müssen wir deshalb alle Teil der Lösung werden. Alle sind gefordert, Ihren Beitrag zu leisten! Dies gilt auch für den Klimaschutz im Gebäudebestand.

2. Energieeinsparung als oberstes Prinzip

Der Energieverbrauch in den Gebäuden muss für den nachhaltigen Einsatz erneuerbarer Energien erheblich reduziert werden. Dafür bedarf es eine Politik des Förderns und des Forderns:

Die verbesserte Förderung der energetischen Sanierung zeigt eine positive Wirkung auf die Sanierungstätigkeit und ist fortzusetzen und finanziell aufzustocken

3. CO₂-Preis, Höhe und Verteilung

Der CO₂-Preis ist ein entscheidender Anreiz zur Vermeidung klimaschädlicher Emissionen. Er muss schrittweise spürbarer als bislang geplant angehoben werden, da die Klimafolgekosten fossiler Energien noch nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Der sich dadurch ergebende Wettbewerbsnachteil erneuerbarer Energien ist schrittweise abzubauen.

Im vermieteten Bestand muss es sowohl bei Vermietern als auch bei Mietern einen Anreiz zur Vermeidung von CO₂ geben. Bei der Aufteilung ist eine differenzierte Regelung dahingehend anzustreben, dass sich für Vermieter energetische Investitionen in Wohngebäude positiv auswirken, für Mieter ein geringer Verbrauch von fossiler Energie. Eine Aufteilung je zur Hälfte eignet sich allenfalls für einen vereinfachten Einstieg in eine Verteilung auf Vermieter und Mieter. Mittel- bis längerfristig ist eine differenzierende Aufteilung je nach energetischem Standard des Wohngebäudes anzustreben.



RÄUMLICH INTEGRIERT UND SEKTORÜBERGREIFEND ZU TREIBHAUSGASNEUTRALEN QUARTIEREN

Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen des Runden Tisches „Neue Impulse für mehr Klimaschutz im Gebäudebestand“

Die Erlöse aus dem CO₂-Preis im Gebäudesektor sind vorrangig dort wieder einzusetzen, sei es für weitere Verbesserungen in der finanziellen Förderung von Energiesparmaßnahmen oder zur Vermeidung sozialer Härten.

4. Energieeffizienz

Neben der massiven Einsparung von Energie in Gebäuden ist ein höchstes Maß an Effizienz anzustreben. Da strombasierte Lösungen über die höchste Effizienz verfügen, haben diese Vorrang. Effizienten Wärmepumpen kommt bei der Gebäudewärme sowohl bei individuellen Lösungen als auch in Wärmenetzen eine enorm hohe Bedeutung zu. Daneben auch elektrischen und wärmebasierten Energiespeichern.

5. Um- und Ausbau der Wärmenetze

Klimaneutrale Wärmenetze stellen ein wichtiges Rückgrat der Energiewende und des Klimaschutzes dar. Bestehende Wärmenetze sind unter Nutzung von Abwärme und Wärmepumpen schrittweise auf CO₂-freien Betrieb umzustellen. In urbanen Siedlungsstrukturen kommt dem Neu- bzw. Ausbau zunehmend klimaneutraler Wärmenetze eine ganz entscheidende Bedeutung zu. Um angesichts der erforderlichen hohen Investitionen in die energetische Sanierung des Gebäudebestands für alle Beteiligten Orientierung und Planungssicherheit zu schaffen, sind zeitnahe und verbindliche Ausbauplanungen auf kommunaler Ebene möglichst bis zur Mitte dieses Jahrzehnts anzustreben.

Mit Blick auf die Grenzen der sozialen und wirtschaftlichen Belastbarkeit sollten angesichts der Dimension der anstehenden Investitionen in den Klimaschutz unnötig hohe Kosten durch unkoordiniertes Vorgehen vermieden werden. Dies gilt für die energetischen Sanierungskosten einzelner Gebäude ebenso wie für sozialverträgliche und wirtschaftliche Kostenstrukturen der Wärmenetze.

6. Ganzheitliches und sektorübergreifendes Vorgehen

Die Klimaziele werden für verschiedene Sektoren zwar getrennt ausgewiesen. Bei der Planung und Umsetzung von Klimamaßnahmen bedarf es dennoch ganzheitlicher Ansätze angesichts der vielfachen Schnittstellen vor allem zwischen Gebäuden, Mobilität und Energie. Die Steuerung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch auf der Basis zunehmend intelligenter IT-Systeme muss auf Quartiersebene sektorübergreifend und mit technologieoffenen Lösungen erfolgen.

7. Die Rolle der Kommunen, Sicherstellung der erforderlichen Ressourcen, Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe

Die Bereitschaft zur Mitwirkung von Einzeleigentümern, Wohnungsbauunternehmen, Mietern, Energieversorgungsunternehmen und die Einbindung des Mobilitätssektors im Rahmen von ganzheitlichen Quartierslösungen ist eine zentrale kommunale Aufgabe. Die nachhaltige und flächendeckende Zusammenarbeit mit den verschiedensten Akteuren der Stadtgesellschaft, Bereitschaft und Akzeptanz für Klimaschutz zu erzielen, auch für Anlagen zur dezentralen Energieerzeugung, die Ausbauplanung für Wärmenetze zeitnah voranzubringen, erfordert von den Kommunen einen außerordentlich hohen Ressourceneinsatz. Und dies in einer Zeit, die durch große Anstrengungen beim Ausbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten, für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Integration von Geflüchteten, die Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen geprägt ist. Ein Großteil der Städte und Gemeinden in Deutschland steht deshalb am Rande ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, nicht wenige unterliegen den Restriktionen der Haushaltssicherung.

Ohne handlungsfähige Kommunen wird es nicht möglich sein, die Ziele des Klimaschutzes im Gebäudebestand zu erreichen.

Formal gehört der Klimaschutz derzeit zu den „freiwilligen“ Aufgaben einer Kommune. Dies ist angesichts der drohenden Folgen des Klimawandels nicht mehr zeitgemäß. Um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen in Deutschland für den Klimaschutz über die bisherigen Förderansätze hinaus flächendeckend sicherzustellen und der faktischen Bedeutung Rechnung zu tragen, wird vorgeschlagen, den Klimaschutz in den Katalog der kommunalen Pflichtaufgaben aufzunehmen und unter Beachtung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Länder den notwendigen rechtlichen und finanziellen Rahmen zu schaffen.

8. Grüner Wasserstoff, Vorrangige Nutzung der Abwärme aus der Elektrolyse durch sektorübergreifende Konzepte

Über den grundsätzlichen Bedarf von grünem Wasserstoff zur Erreichung der Klimaziele besteht allgemeiner Konsens. Über den Umfang des Bedarfs und die prioritäre Verwendung wird teilweise heftig gerungen. Auch wenn technologisch fossiles Erdgas durch Wasserstoff bzw. synthetisches Methan substituiert werden kann, empfehlen wir den vorrangigen Einsatz in der Industrie, in den Teilbereichen der Mobilität und im Energiesektor zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit mit zunehmend volatillem erneuerbarem Strom. Aber durch die Nutzung der Abwärme aus der Elektrolyse für die Gebäudewärme kann die energetische Effizienz entscheidend verbessert werden.

Wir sehen aus diesem Grund bei der inländischen Produktion von grünem Wasserstoff in Ergänzung zu großtechnischen Anlagen und zur küstennahen Erzeugung in kleineren und mittleren dezentralen Elektrolyse-Anlagen in Stadtquartieren und im suburbanen Umfeld einen wichtigen Schlüssel für ganzheitliche und energieeffiziente Klimaschutzmaßnahmen. Wir empfehlen für den



RÄUMLICH INTEGRIERT UND SEKTORÜBERGREIFEND ZU TREIBHAUSGASNEUTRALEN QUARTIEREN

Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen des Runden Tisches „Neue Impulse für mehr Klimaschutz im Gebäudebestand“

Gebäudesektor nicht vorrangig den unmittelbaren Einsatz von Wasserstoff oder synthetischem Methan für die Wärme, sondern vor allem die sinnvolle Nutzung der Abwärme aus der Elektrolyse, die ein Potential von ca. 30 % bis 35 % der eingesetzten regenerativen Energie beinhaltet.

Der erzeugte Wasserstoff kann dezentral für die Betankung von Fahrzeugen mit Wasserstoff, beispielsweise für schwere Lkw, Busse und Züge eingesetzt werden. Er kann außerdem zur Sicherung der Stromversorgung anteilig in Gasnetze in reiner Form oder als synthetisches Methan eingespeist werden, um dessen saisonale Speicher zu nutzen und bei Bedarf wieder in erneuerbaren Strom umgewandelt zu werden.

Angesichts des erheblichen zeitlichen Vorlaufs für den Aufbau von Import-Infrastrukturen für grünen Wasserstoff kann der Markthochlauf von grünem Wasserstoff für den dringenden Bedarf in der Mobilität und dem Energiesektor beschleunigt werden. Ein deutlicher Anteil binnenländischer und dezentraler Produktion von grünem Wasserstoff stärkt außerdem die Resilienz der Energieversorgung und der digitalen Infrastruktur.

Für den Markthochlauf von grünem Wasserstoff bedarf es angesichts des Wettbewerbsnachteils zu fossilen Energieträgern eines geeigneten und flexiblen regulatorischen Anreizrahmens.

9. Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung.

Der Ausbau erneuerbarer Energien muss wesentlich schneller und umfassender vorangehen. Im Fokus stehen dabei vor allem Windkraft und Photovoltaik. Angesichts der Kapazitätsgrenzen der Übertragungsnetze und mit Blick auf die Resilienz der Energieversorgung ist ein flächendeckender Ausbau anzustreben.

Bei der Photovoltaik ist die Nutzung bestehender Dachflächen erheblich zu intensivieren durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Mieterstrom und die flexible Nutzung von Quartiersstrom. Beim Ausbau der Photovoltaik außerhalb der Siedlungsstrukturen kommen neben den herkömmlichen Flächenmodulen Agrar-PV-Anlagen eine zunehmende Bedeutung zu.

Nur mit einem massiven und zeitnahen Ausbau von Windkraft und Photovoltaik sind die Klimaziele zu schaffen. Dafür ist der rechtliche Rahmen zu schaffen, aber auch durch bürgerschaftliche Partizipation die gesellschaftliche Akzeptanz vor Ort.

10. Prozess zur Erarbeitung der Handlungsempfehlungen, Fortsetzung des übergreifenden Dialogs für den Klimaschutz im Gebäudebestand

Wir sind dankbar dafür, dass in einem Zeitraum von über einem Jahr zahlreiche Beteiligte aus der Wohnungs- und Versorgungswirtschaft, Vertreter kommunaler Spitzenverbände, Netzwerkvertreter



RÄUMLICH INTEGRIERT UND SEKTORÜBERGREIFEND ZU TREIBHAUSGASNEUTRALEN QUARTIEREN

Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen des Runden Tisches „Neue Impulse für mehr Klimaschutz im Gebäudebestand“

der Energie- und Sanierungsberater, Umweltverbände und andere sich an einem intensiven und konstruktiven Dialog beteiligt haben. Das Verständnis für unterschiedliche Positionen und der gemeinsame Konsens für mehr wirksamen Klimaschutz wurden entscheidend verbessert. Die Umweltverbände stehen flexiblen Handlungsempfehlungen tendenziell kritisch gegenüber. Allerdings gibt es teilweise nicht nur die Bereitschaft, sondern das Interesse, den konstruktiven Dialog über einen gelingenden Klimapfad fortzusetzen.

Die Handlungsempfehlungen beinhalten wichtige Weichenstellungen für den Klimaschutz im Gebäudebestand. Der Weg zu mehr Klimaschutz befindet sich ungeachtet wichtiger Weichenstellungen in einem Prozess, der durch technologischen Wandel und eine zunehmende Rolle digitaler Steuerung, auch unter Nutzung künstlicher Intelligenz geprägt ist.

Der interdisziplinäre und sektorübergreifende Erfahrungsaustausch dient dem wirksamen Vorkommen beim Klimaschutz genauso wie dem Ziel, möglichst sozialverträgliche und wirtschaftlich tragfähige Lösungen umzusetzen. Wir regen deshalb an, diesen dialoghaften Prozess unter Einbeziehung eines sektorübergreifenden best-practice-Austausches zu verstetigen. Zunehmend viele Verantwortliche sind willig und entschlossen, beim Klimaschutz mit anzupacken. Sie brauchen aber angesichts der hohen Komplexität und Heterogenität orientierende Leitplanken, an denen sie sich ausrichten können.